

Saale-Beitung.

Herrenbürgerlicher Jahrgang.

Bezugspreis
 Die Halle vierteljährlich bei postmäßiger
 Abrechnung 2,50 M., durch die Post
 2,75 M., ansehl. Zustellungsgebühr.
 Bestellungen werden von allen Reichs-
 postämtern angenommen.
 Am nächsten Zeitungsbekanntmachung
 unter „Saale-Beitung“ eingetragen.
 Alle unbenutzte eingehende Korrespondenz
 wird ohne Vorwarnung übernommen.
 Rücksendung nur mit Kostenangabe:
 „Saale-Beitung“ gefälligst.
 Verleger der Redaktion Nr. 110;
 der Abonnenten-Abteilung Nr. 113B.

Anzeigen
 werden die Spaltenbreite über dem
 Raum mit 20 Pfg., solche auf Halle mit
 20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
 stelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von
 anderen Annahmestellen und allen
 Anzeigen-Expeditionen angenommen.
 Stellen die Seite 75 Pfg. für Halle
 und auswärts 1 M.
 Erhalten täglich freimitt.
 Sonntags und Montags einmal.
 Redaktion und Haupt-Geschäfts-
 stelle: Halle, Gr. Brunnengasse 17;
 Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
 Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrich-
 straße 63, I; Telefon Nr. 501 u. 176.

Nr. 177. Halle a. S., Sonntag, den 17. April. 1910.

Der Kampf im Baugewerbe.

Die Zahl der am Freitag im Reiche ausgeperrten Bauarbeiter wird auf 150 000 berechnet. Nach dem „Berl. Z.M.“ findet in den nächsten Tagen eine Sitzung industrieller Unternehmerverbände in Berlin statt. Es soll über umfangreiche Unterstützungen des Bauarbeitervereins verhandelt werden.

Aus Bauarbeiterkreisen erhalten wir die nachstehende Zuschrift, die wir — ohne uns mit ihr in allen Punkten identifizieren zu wollen — schon deshalb wiedergeben, weil wir vor einigen Tagen Ausführungen brachten, die sich zum Teil mit dem Befassten, was nachstehend bestritten bzw. richtiggestellt werden soll. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß in Halle schon ein Mobius gefunden werden muß, der es gestattet, dem Kleinkampf einen verständlichen Ausgang zu geben, ohne allzu tiefe Wunden zu hinterlassen. Es würde in unserer ohnedies sozial zerstückelten und mit politischem Zinnschiff aller Art gefüllten Zeit tief bedauerlich sein und würde von dem sozial denkenden Bürgerum aus schließlich verurteilt werden, wenn man versuchen wollte, das Arbeiterum in diesem Kampfe durch Entbehrungen und Opfer zu müde zu machen, daß nur bedingungsloses Unterwerfen das Ende des Ringens sein könnte. —

Wir lassen die Zuschrift folgen:
 „Auf Seite der Bauarbeiter liegt man Wert darauf, einige Irrtümer, die zum Teil auch in die bürgerliche Presse übergegangen sind, richtig zu stellen. Es wird behauptet:

„Die Arbeiter arbeiten jetzt Jahren auf eine Entscheidungsschlacht hin. Zu diesem Ende haben sie durchgesetzt, daß an diesem 1. April in ganz Deutschland alle Tarifverträge ablaufen.“

Was einigermaßen über die Entstehung und Entwicklung der Arbeitervereine unterrichtet ist, weiß, daß sie nicht Kampfes, sondern Schutzvereinigungen sind. Ein Bedürfnis des Schutzes der Arbeiter war von dem Zeitpunkt an vorhanden, als sie durch die mächtige Entartung der Arbeiterorganisationen tatsächlich der schwächeren Teil geworden waren. Es ist deshalb richtig, sich in der Annahme, daß die wohlorganisierten, aber große Geldmittel verfügenden Arbeiter der schwächeren Teil in dem gegenwärtigen wirtschaftlichen Kampfe seien, von vornherein ohne Prüfung auf Seite der Arbeiter zu stellen. Die Arbeiterorganisationen dagegen sind ausgesprochene Kampfgemeinschaften, sie treiben durch Anstellung unerschütterlicher, auf die Befreiung bewährter Einrichtungen gerichteter Forderungen, mit denen sie allmählich den Konstitutionalismus auf dem Werkplatz und in der Fabrik erreichen wollen, zum Entscheidungsschlacht. Der „Reinhardt“ lobt die Bauarbeiter als die „Preisrichter der ganzen deutschen Arbeiterfrage“, ein besseres Zeugnis, auf welcher Seite die Kampfesluft liegt, braucht nicht gebracht zu werden.

Wenn in dem im Jahre 1908 zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossenen Tarifverträgen ein gemeinsamer Aufnahmetermin, der 31. März 1910, vereinbart worden ist, so ist das eben eine in einmündigster Weise zustande gekommene Vereinbarung, aber keine einseitige Maßnahme der Arbeiter, die lediglich zu dem Zweck beim Ablauf den Krieg in ganz Deutschland zu entfesseln. Dessen sonderbaren Konform werden selbst die Arbeiter beifallen, die wissen, daß auch in allen anderen Gewerben gleiche Vertragsablaufstermine bestehen. Die darin liegenden Vorteile oder Nachteile sind selbstverständlich für beide vertragsschließenden Parteien die gleichen. Bestimmte Ablaufstermine würden einen einseitigen Vorteil zu Folge haben, der für beide Teile schädlicher wäre, als die jetzt bevorstehende allgemeine Auseinandersetzung, nach deren Beendigung doch wieder ein mehrjähriges ruhiges Arbeitsverhältnis in ganz Deutschland zu erwarten ist.

Weiterhin haben auch viele bürgerliche Zeitungen den Satz nachgedruckt:

„Die Arbeitgeber haben bei den Vertragsverhandlungen für ganz Deutschland Forderungen aufgestellt, von denen sie wissen mußten, daß die Arbeiter sie nie und nimmer annehmen kann.“

Das heißt mit anderen Worten: die Arbeitgeber hätten nur Vertragsbedingungen verlangen dürfen, die der Arbeiterschaft gefallen. Das ist doch eine volle Anerkennung des Vertragswesens. Beim Abschluß jedes Miets-, Pacht-, Anleihe- und anderen Vertrages sucht sich jeder Kontrahent Vorteile zu sichern, einen direkt nachteiligen Vertrag wird er ablehnen müssen. Es fragt sich hier, ob die Arbeiterschaft wirklich gezwungen war, den Vertragsentwurf der Arbeitgeber abzulehnen, ob sie ihn „nie und nimmer“ annehmen konnte. Der wichtigste Streitpunkt ist, ob neue Verträge durch den Arbeitgeberverband und die Zentralverbände für die Gebiete der einzelnen Bezirke und Ortsverbände abgeschlossen werden (so wollen es die Arbeitgeber) oder ob die unabhängigen örtlichen Organisationen selbst Verträge abzuschließen und diese dann von den beiderseitigen Zentralinstanzen nur zuzustimmen lassen (so wollen es die Arbeitnehmer). Daß der Wunsch der Arbeitgeber recht erfüllt werden kann, haben die Arbeitgeberführer kürzlich genug gezeigt. Sie erbot sich alle örtlichen Organisationen des ganzen Reiches eine Verlängerung der alten Verträge von 1. bis 15. April, die ihnen auch bewilligt wurde. Wenn die Verlängerung für das ganze Reich möglich ist, warum nicht auch die Erneuerung?

Warum konnten keine der Arbeiterorganisationen „nie und nimmer“ sich zur wirklichen Sicherung der Affordabilität bereithalten lassen, wenn sie doch die „Zuständigkeit“ ausdrücklich vertraglich anerkennen wollen? Nur weil sie sich den Weg zu der bisher beliebigen Praxis nicht verlegen wollen, die Affordabilität trotz der

vereinhäufigkeit überall zu verbieten, was es ihnen paßt. Das es nur der Geruchlichkeit entspricht, wenn dem einzelnen gestattet bleibt, seine größere Leistungsfähigkeit los zu verwenden, wie es möglich ist, wird niemand in Abrede stellen können. Selbst der Arbeiter hat zugegeben, daß die Affordabilität die Individualität, das Freiheitsgefühl, die Selbstständigkeit und Selbstkontrolle der Arbeiter entwidmet. Warum können sich seine sonst so geliebten Schüler nicht auch zu dieser Ansicht bekennen und den Kampf gegen die Affordabilität aufgeben?

Die von den Arbeitgebern gewünschten Affordabilität-Bestimmungen bezeugen nicht, einen Zwang zur Annahme der Affordarbeit auszuüben, es soll vielmehr nach wie vor den einzelnen Arbeitern vollständig freigestellt sein, im Afford zu arbeiten oder nicht.“

Zum Kampf im Baugewerbe.

H. Frankfurt a. M., 16. April. Auf den Bauustellen ruhte heute die Arbeit nicht auf der ganzen Linie, aber doch auf dem weitaus größten Teil. Hier und dort wird noch gearbeitet. In Frankfurt und in den Vororten sind etwa 1800 Maurer und Zementarbeiter beschäftigt. In Frankfurt, Offenbach und Hanau wurden heute früh etwa 600 Mann ausgeperrt.

Eine Interpellation im Reichstag.

In den Kreisen der Arbeiter ist die Stimmung eine feste und geschlossene. Man erwartet, daß die sozialdemokratische Fraktion die Ausperrung im Reichstag zur Sprache bringen wird. Die Heranführung der Interpellation wird die Unterfertigung hat der Zentralverband der Maurer, wie er jedoch bekanntigt, wie folgt geregelt:

Alle Mitglieder des Verbandes, die während der Ausperrung in Arbeit stehen, haben pro Tag gerechnet einen Betrag an die Unterfertigungsstellen abzugeben. Er beträgt 10 Pf. bei einem Stundenlohn bis unter 30 Pf., 20 Pf. bei einem Stundenlohn von 30 Pf. bis unter 40 Pf. und steigt bis zu 1 Mark bei einem Stundenlohn von 75 Pf. und mehr. Durch diese werden die Beiträge, welche wesentlich zu entrichten sind, in die Legitimationskarte gefaßt. In der Delegiertenversammlung der Maurer in Berlin wurde bekanntlich mitgeteilt, daß die anwendenden Gewerkschafts-Beamten erklärt hätten, sie würden während der ersten vierzehn Tage der Ausperrung auf ihr Gehalt verzichten und dieses an die Unterfertigungsstellen abgeben. Alle Beamten des Verbandes sind diesem Beschluß beigetreten, ferner sind alle Berufsamtmitglieder, die in anderen Stellungen tätig sind, als Berufsamtsekretäre, sei es als Kassenschatler (Kassenschatler), verpflichtet worden, ebenso zu handeln. Während der weiteren Ausperrung haben sie 25 Prozent ihres Gehaltes als Streikbeitrag zu zahlen.

Streikunterfertigung wird während der ersten vierzehn Tage der Ausperrung nicht gefaßt. Im übrigen richtet sich diese nach der Höhe des Beitrages, nach der Dauer der Streikunterfertigung und dem Familienstand. Die Unterfertigungsleistungen sind in drei Klassen geteilt. Die Unterfertigung ist in der höchsten Klasse für Verheiratete von 10 bis 15 Mark, für Ledige von 8 bis 16 Mark festgelegt, in der zweiten Klasse sollen 8—16 resp. 6—14 Mark und in der dritten Klasse 7—12 resp. 6—10 Mark gefaßt werden. Außerdem erhalten verheiratete Maurer für jedes schulpflichtige Kind 1 Mark wöchentliche Unterfertigung. Die Familien abgesehener, verheirateter Verbandsmitglieder sollen nach Ablauf der vierzehntägigen Karenzzeit die Hälfte des Unterfertigungsabgabes erhalten, dieser fällt aber fort, falls die Familienmitglieder in der Nähe des Streikgebietes Arbeit oder höhere Löhne bekommen, als in dem Streikgebiet, in dem sie vorher beschäftigt waren, üblich war.

Deutscher Reichstag.

65. Sitzung vom 16. April.

Am Tische des Bundesrats: Bernuth, Dornburg, Krüte.
 Präsident Graf Schwerin-Wönsig eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Erste Lesung des Reichsbekennungs-gesetzes.

Der Gesetzentwurf regelt die Frage der Beitragspflicht des Reiches zu den Staaten und Gemeindefinanzen und schafft einen zweifelsfreien Rechtszustand.

Abg. Baumstern (Ap.)

erklärt die Zustimmung seiner Fraktion mit dem Antrage auf Überweisung an die Budgetkommission; besonders wünschenswert ist dies Gesetz auch mit Rücksicht auf die Aufhebung des höchsten Diktats und auf die finanziellen Bedürfnisse, in der sich manche Gemeinden durch Reichsbetriebe befinden.

Abg. Gröber (Ztr.)

(stimmt gleichfalls in der Hauptfrage zu, hätte aber eine andere grundsätzliche Regelung gewünscht, nämlich dahin, daß das Reich grundsätzlich in den Einzelstaaten und Gemeinden steuerpflichtig sein solle, während der Entwurf auf dem entgegengelegten Standpunkt steht, daß jede Reichsbekennung der Zustimmung des Reiches bedürfe. Der Redner wendet sich gegen die Auffassung, daß ein Eingriff in die Souveränität des Reiches in Frage kommen könnte. Die föderalistische Grundlage des Deutschen Reiches bedingt die Selbstständigkeit des Bekennungsrechtes der Einzelstaaten. Diese müssen einen Rechtsanspruch haben. Sollten sich Schwierigkeiten

ergeben und eine zu weit gehende Inanspruchnahme des Reiches, dann könnte ja immer noch ein Reichsgesetz eintreten. Der Redner bemängelt weiter insbesondere die Befreiung des Fiskus von Militärstrafen, die Unterfertigung von Militärstrafen, Offizierskasinos für. Die armen Gemeinden in Fisch-Löhringen werden dadurch schwer gefährdet.

Staatssekretär Bernuth:

Wir haben bei dieser Vorlage ein völlig gutes Gewissen, denn wir verfolgen mit ihr nur praktische Zwecke. In der Hauptfrage handelt es sich um die gesetzliche Regelung der Reichssteuerpflicht für Reichsbetriebsbetriebe. Das dieses Gesetz eigentlich schon am 1. April in Kraft treten sollte, so haben wir die in Betracht kommenden Beträge schon in den Etat eingestellt. Sollten Sie aber heute nicht in der Gestalt sein und das Gutgehen so werden wir tiefbetrikt das Geld wieder in die eigene Tasche stecken müssen. (Heiterkeit.) Die gesetzlich getroffenen Zusicherungen sollen auch für die eisch-löhringischen Gemeinden gegeben werden. Ich stelle ausdrücklich fest, daß eine Steuerfreiheit von Offiziers-Kasinos und Kasinos nicht beabsichtigt ist. Der Entwurf will jedenfalls im wesentlichen nicht nehmen, sondern geben. Aber von der staatsrechtlichen Auffassung kann nicht abgegangen werden, daß dem Reich, welches die Gesamtheit der Bundesstaaten zur politischen Einheit zusammenfaßt, insofern die für staatsrechtlichen Stellung durch die Befreiung eines Einzelstaates ohne seine Einmütigkeit Verpflichtungen nicht auferlegt werden können. Gegen das Reich ist eine Exekution nicht möglich; halten wir daran nicht fest, dann können wir zu einer ganz unerlösen Entwidlung. Es ist interessant, daß der Redner für diesen Fall dem Reichsaber wieder auflauern ließ, indem er dann die Reichsbekennung eintreten lassen will.

Abg. Nishorn (Zp.):

Auch wir wünschen das recht baldige Inkrafttreten der Vorlage. Das Reich muß ja auch einmal Ruhe bekommen vor den Petitionen der Gemeinden. In Stelle der Anwesen muß ein Rechtsanspruch treten. Der Entwurf muß aber erweitert werden. Vor allem liegt keine Veranlassung vor zur Befreiung des Fiskus von den Grundsteuer, um so weniger, als in manchen Gemeinden der Fiskus der größte Grundbesitzer ist.

Abg. Dr. Feige (Mitl.):

Im wesentlichen sind meine Forderungen mit dem Entwurf übereinstimmend. Das grundsätzliche Bedenken des Abg. Gröber teilen wir in keiner Weise. Ueber einzelne Streitpunkte wird ja noch in der Kommission zu reden sein, unter anderem über die Frage, ob auch Militärstrafen wegen der von ihnen verlangten Volksschul-lasten bei der Berechnung der Steuer zu berücksichtigen sind.

Abg. Emmel (Zp.):

Mit einer gesetzlichen Regelung der Steuerpflicht des Reiches sind wir einverstanden, halten den Weg der Vorlage aber nicht für gangbar. Den stark parlamentarischen Ausführungen des Abg. Gröber stimmen wir nicht zu.

Abg. Frhr. v. Nishorn (kon.):

Ich halte es für richtig, die Vorlage der Budgetkommission zu überweisen, die sich ja mit der Materie schon öfters beschäftigt hat. Die Vorlage ist notwendig, damit die hochangesehenen Volkswirtschaftsgemeinden unfähig in billiger Weise und nicht, wie bisher, bloß nach dem Gutdünken des Reichstages unterfertigt werden. In der Kommission wird uns das Material vorgelegt werden müssen, aus dem wir erfahren können, wie das Gesetz eigentlich wirken wird. Das läßt sich bisher gar nicht absehen. Wir können deshalb einstweilen nur erklären, daß wir im Prinzip mit der Vorlage einverstanden sind.

Abg. Sandershörer (Zp.):

Nicht aus politischen, sondern lediglich aus gehobenen Gründen muß eisch-löhringen im Rahmen dieser Vorlage eine ganz besonders geartete Behandlung erfahren.

Abg. Neumann-Speter (fortsch. Pp.)

heißt die Vorlage willkommen; in ihr würden die berechtigten Interessen der Einzelstaaten und Gemeinden durchaus gewahrt. Die Reichsbekennung von Einzelstaaten, über die man sich noch in der Kommission unterhalten werde. Man werde da auch zu unterziehen haben, ob das bisherige grundsätzliche Verfahren der preussischen Eisch-löhringverwaltung gegenüber nichtpreussischen Gemeinden mit der guten Eitte verträglich sei.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Becker-Rahn (Ztr.) geht die Vorlage an eine Kommission.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die

Aufwandsausgaben für Südwestafrika.

Der Entwurf verlangt einen Kredit von nahezu 24 Millionen zur Deckung erfolgter Mehrausgaben. Außerdem gestattet er für die Verwaltungsentralen der Ausgaben Südpfosten (S. 3). Ferner soll nach § 4 eine Prüfung und Kontrolle der Verwendung der in das Aufwandsgebiet gelangenden oder dort beschafften Gegenstände nur insoweit stattfinden, „als besondere Verhältnisse dazu Anlaß geben“.

Abg. Czergberger (Ztr.):

Dieser § 4 erzeugt uns starke Bedenken. Wir geben zu, daß eine Kontrolle der Materialien-Verwendung in den Kolonien sehr schwierig sein mag. Aber über das in der Heimat oder überhaupt außerhalb der Kolonien beschaffte Material muß doch eine genaue Kontrolle möglich sein. Darauf hat uns eine Bemerkung des Staatssekretärs Dornburg selber gebracht, indem er von den Wälfen dort lagender Gorden sprach (Heiterkeit), die ganz unüberprüfbarweise geliefert worden waren, obwohl der Lieferant selber über die sich wiederholenden Massenbestellungen keine Bebenken äußerte. Als er dies tat, kam er bei dem betr. Bureaukratien schloß an, denn er erhielt zur Antwort: „Stratum? Stratum? eine Beförderung tritt sich nie!“ (Heiterkeit.) Woher weiß Redner hin auf doppelte Bedenken-Überhebungen. Angeseht alles dessen, die man dem Steuerzahler schuldig, auf eine genaue Kontrolle zu bestehen, um so mehr, als jetzt in der Kreditbewegung von fast 24 Millionen der höhere Reichsgeldmarkt komme. Und würden denn diese 24 Millionen reichen? Dabei seien diese Millionen schon ver-

Ausgabe ohne jede Ermäßigung! Wegen 9 Millionen sei Ende 1906 der Reichstag aufgelöst worden, und hier habe man 24 Millionen ausgegeben ohne jede Ermäßigung! (Hört, hört im Ztr.) Bewilligt müssen ja nun diese Millionen werden, da sie als Kriegskosten veranschlagt sind. Diese sind damit insgesamt auf 406 Millionen anwachsend. Die Frage ist nun, wie diese Kriegskosten zu bezahlen hat? Haben wir alle den guten Willen, so schaffen wir in der Verlage einen § 6 des Inhalts: die Kosten tragen die Gesellschaften, die den Anteil von 1000 Kr. haben? (Hört, hört im Ztr.) „Kolonialgesellschaft für Südbahnen“.

Wir billigen es, daß eine Gesamtabrechnung, ohne Trennung nach Rechnungsabgaben, möglich. Man kann aber schließlich behaupten, daß ein Teil der Gelder in die Taschen der Gesellschaften geflossen sind. Der Antrag von 24 Millionen wird wohl nicht mehr überschritten werden. Der Gedanke die Gesellschaften mit heranzuziehen, ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, doch wird er schwer durchführbar sein.

Staatssekretär Dernburg:
Der Entwurf verlangt kein Entschließen einer Anregung der Rechnungsabrechnung. Es ist wohl anzunehmen, daß mit den 23,7 Millionen alles ausgeführt wird, doch wird es mit einer weiteren Nachforderung nicht mehr werden zu kommen brauchen. Der Kosten Erlös (Selterer) wird wohl demnach geräumt sein, wir haben davon auch der Marineverwaltung angeboten. Zu untersuchen, wo alles Material geblieben ist, wird kaum möglich sein. Es kommt aber auch nur darauf an, festzustellen, ob alles, was von hier geliefert und von Argentinien (Werde) bezogen worden ist, auch wirklich an die richtige Stelle gelangt ist. Die Ueberhebungen haben sich im allgemeinen aufgeführt, per Saldo überbezahlt ist nicht die Summe von 25 000 Mark. Die erste große Erdbeberge Persepolis, die 24 Millionen zurückerhalten, ist auch von Herrn Goerde als ermögenswert begehrt worden. Aber wie soll das gemacht werden? Es haben doch auch die Farmer ihren Beitrag erbracht. Wärmern, Zinseffekt haben Gewinn gehabt. Sollte da allein die eine Gesellschaft, die Herr Gebrüder nannte, die Sache bezahlen? Es wäre doch auch in Deutschland ganz angenehm, wenn nur die Reichsten herangezogen würden. Ich hätte dann auch nichts zu bezahlen. (Große Heiterkeit.) Die ganze Angelegenheit können wir in der Kommission klären. Ich werde jedenfalls allen Vorschlägen meine Aufmerksamkeit zuwenden, die angetan sind, das Reich zu entlasten. (Braus.)

Hg. Stolle (Sog.):
Bemängelt die Art der Rechnungslegung über die Ausgaben für Südbahnfahrta und die Gleichzeitigkeit, mit der Staatssekretär der Frage der Verwendung des Materials gegenübersteht. Unerschöpflich sei es, wie man in Südbahnfahrta mit dem Gelde umgegangen sei, das von deutschen Staatsbahnern aufgebracht sei. (Fortsetzung folgt.)

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung vom 16. April.

Am Vortage:
Präsident v. Köhler eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. Auf der Tagesordnung steht die zweite und dritte Lesung der

Novelle zum Staatsschuldbuchgesetz.

Verichterhater **Hg. Winkler (lon.)** empfiehlt namens der Kommission unveränderte Annahme in der Fassung der Herrenhausbeschlüsse.
Die Vorlage wird ohne Besprechung angenommen, ebenso in dritter Lesung.
Die zweite Lesung des

Eisenbahnetats

wird bei den außerordentlichen Ausgaben fortgesetzt.
Beim Direktionsbericht **Cassel** bemängelt
Hg. Dinstage (Ztr.)
die Beteiligung kleiner Eisenbahnbediener an Subventionen.
Hg. Dr. Schröder-Cassel (nt.)

kritisiert den Bau eines bei Osterhagen notwendig gewordenen Steiges über das Gleis auf städtische Kosten zu übernehmen und den Wünschen des Magistrats zu Cassel über die allgemeine Regelung der dortigen Eisenbahnverhältnisse mehr entgegenzukommen.
Hg. Wendlandt (nt.)
bestätigt die Vervollständigung der Eisenbahnstationen zu Elbwege.
Hg. Klein (Ztr.)

denkt für den Teil Erweiterung des Bahnhofs Wabern und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Strecke Wabern-Wildungen. Beim Bericht **Könitz**
Hg. Dr. Hög (Ztr.)
um eine Haltestelle zwischen Garzen und Buer auf der Strecke Köln-Magden.
Ministerdirektor Dissenberg
legt nachsinnende Ermüdung zu.
Hg. Wacco (nt.)

rühmt die Leistungen unserer Techniker bei den Brückenbauten in Köln, deren Eisenkonstruktionen auch in ästhetischer Hinsicht musterhaft seien. Man sollte solche Konstruktionen nicht mit überflüssigem architektonischem Beiwerk verzieren, das ihre grandiose Wirkung nur störe.
Hg. Ueberberg (Ztr.)
denkt für die Erweiterung des Bahnhofs Rheinberg, diese dürfte aber nicht zu klein ausfallen.
Hg. Krause (lon.)

bittet um Beschleunigung des Baues der Danziger Hauptwerkstätte und um frühere Beschäftigung des Danziger Handwerks bei den Arbeiten an diesem Bau. Man habe den Danziger Handwerkern auswärtige Unternehmer vorgezogen, lediglich weil sie größeren Vermögen besaßen. Dabei sei es am liebsten nicht leistungsfähiger, weil nicht sehr vermögiger Danziger Bauwerksmeister, der sich um die Arbeiten beworben habe, große städtische Bauten mit gutem Erfolg übernommen. Den auswärtigen Unternehmern würde zwar die Verpflichtung, Danziger Arbeiter zu beschäftigen, auferlegt, aber die Werkstätte usw. brachten sie von außerhalb mit. Das müßte dem Mittelstande das Wohlwollen der Verwaltung, was uns auch in dieser Sache in Aussicht gestellt wurde, wenn ihm nicht Taten folgen? (Beifall rechts.)

Hg. Saarmann (nt.)
fordert ein schnelleres Tempo in der Erweiterung der Bahnhöfe des Westens, die sich als eine rentable Kapitalanlage erweisen haben. Unter diesen Umständen werde hoffentlich der Finanzminister der Träger der Eisenbahnministerien werden. (Seitens links.) Der Bahnhöfe in Ostern müßte besonders schnell erweitert werden. Der Eisenbahndirektion seine der gute Wille dazu zu fehlen, der Minister solle da nachhelfen (Seitens rechts), zumal die feste Bahnerweiterung Voraussetzung für den Bau der wirtschaftlich wichtigsten Nebenbahnen sei.
Hg. Jirch (Ztr.)
schließt sich dem an und fordert für den Bahnhof Düsseldorf Ueberbahrungen zum Schutze des Publikums gegen Regen. In Köln sei das längst durchgeführt; was Köln recht sei, sei Düsseldorf billig.
Hg. Dr. Wendlandt (nt.)

fordert in einer Uebereinstimmung mit einer Vorstellung der zuständigen Handelskammer Erweiterung des Güterbahnhofs Schmalkalden. Die Schmalzkalder Industrie sei durch die Zustöße der Vereinigten Staaten und besonders Frankreichs gerade in letzter Zeit schwer geschädigt, man solle ihr durch Beschäftigung ihrer Bahnhofsmitarbeiter einen gewissen Ausgleich gewähren.
Hg. Schulze-Pelshum (lon.)
Es hat in Hamm großes Befremden hervorgerufen, daß der Neubau des dortigen Bahnhofs noch immer nicht in Angriff genommen ist. Die Zustände an dem alten Bahnhof sind ganz unfaßbar; der Verkehr nach den einzelnen Bahnhöfen muß über die dazwischenliegenden Weisen stattfinden. Auf eine Anfrage an die Eisenbahndirektion Essen hat der Magistrat eine Antwort erhalten, die man nicht einmal als höflich bezeichnen kann.
Hg. Saarmann (Ztr.)
klagt über die Zustände an dem Bahnhofs Dinslaken.
Hg. Bell (Ztr.)

Der Hauptbahnhof in Essen entspricht schon längst nicht mehr den stets steigenden Verkehr. Die Zahl der Fahrkartenschalter genügt nicht.
Auch der Bau des Bahnhofs Essen-Süd ist dringend geboten. Der Bahnhof Rathenun erfordert ebenfalls einen Neubau, nach dem auf den Tisch des Hauses niedergelegten Plänen kommen man glauben, daß sie eine Station an der sibirischen Eisenbahn darstellen.
Hg. Grunenberg (Ztr.)
wünscht Neubau der Bahnhöfe Gelsenkirchen und Gelsenkirchen-Bismarck sowie Beseitigung von Nebenübergängen.
Hg. Keil (nt.)
trägt Wünsche über den Bahnhof Halle vor.
Hg. Nitzschky (Ztr.)
wünscht Errichtung eines Dienstgebäudes für höhere Beamte in Rastowitz.
Hg. Grunenberg (Ztr.)
regt die Ausgabe von billigen Fahrkarten nach der Bräufeller Ausstellung an.
Die Besprechung schließt. Damit ist die zweite Beratung des Eisenbahnetats erledigt.

Es folgt die Beratung der Rechenschaftsberichte der Eisenbahnverwaltung über das Jahr Oktober 1908/09 und über die Verwendung der extraordinären Dispositionsmittel für 1908. Hierzu liegt ein Antrag der **Hg. v. Bodelberg** und Genossen (lon.) vor, wonach die Regierung ersucht werden soll, dafür zu sorgen, daß bei der Zentralisiernahme und bei der Ausführung von Eisenbahnarbeiten die beteiligten Kreise, Gemeinden, Korporationen und Einzelunternehmern mehr als bisher angehört werden, und daß ihnen mehr als bisher Gelegenheit gegeben wird, ihre Wünsche an maßgebender Stelle vorzubringen.
Hg. v. Bodelberg (lon.)
begründet den Antrag.
Unterstaatssekretär Fischer:
Der Minister hat bereits eine ausführliche Verfügung im Sinne dieses Antrags an die nachgeordneten Behörden gerichtet. Der Antrag wird einstimmig angenommen.
(Fortsetzung folgt.)

Deutsches Reich.

Die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“ über die Strafrechtler.

„Aus Berlin wird uns gemeldet: Die „Nordd. Allg. Zeitung“ kommt in ihrem diesmahligen Wochenrückblick auch auf die ruhig verlaufenen Berliner Straßendemonstrationen zu sprechen. Das Blatt sagt offiziös:

„Neben dem Sozialdemokraten Berlins ihre heiß-erlehte Treptower Wahlrechtisdemonstration verwilligt erhalten hatte, drückt er sich in ihre Presse mit dem ruhigen Verkauf dieses Meetings. In Wirklichkeit kommt bei den Strafrechtlichen schon unvorlesens ein fester Säultus für solche Massenveranstaltungen zustande, und zwar ganz naturgemäß ein solcher, der den einzelnen möglichst inoffensiv erscheinen läßt. Was immer auch die Führer an rednerischen und sonstigem Handloß fortzugeben mögen: der „Genossin“ hat in weit mehr als in anderen Fällen, hat um ein höchst zweifelhaftes Martyrium zu bewahren. Es ließe ja vielleicht die Macht der Organisation unterzögen, wollte man das in verschiedenen Großstädten übereinstimmend beobachtete Verhalten der sozialistischen Demonstrationen für unauffalttann nehmen. Die Taktik der Leiter würde sich dem schon anzupassen wissen, wenigstens für eine Weile. Allein wenn — was doch nicht ausgeschlossen zu sein braucht — der Höhepunkt sozialdemokratischer Wahrformbegeisterung schon übergriffen sein sollte, dann wäre die Uhr eben nicht mehr zurückzuführen.“

Prinz Ludwig von Bayern und der Konjug bayrischer Pilger.

Nach einer Mitteilung dänischer Blätter sollte, wie wir bereits meldeten, im Frühjahr dieses Jahres ein Zug bayrischer Pilger unter Führung des Prinzen Ludwig von Bayern in Rom eintreffen und im Vatikan empfangen werden. Nach einem Turiner Blatt „Momento“ wäre nun Prinz Ludwig durch den italienischen Volkshater in Berlin darauf aufmerksam gemacht worden, er müsse dann auch den Luitinald besuchen. Prinz Ludwig soll hierauf geantwortet haben, er habe keine Befehle aus Berlin zu erhalten und

nie, was ihm passe. Daraufhin habe der bayerische Rabinettschef Freiherr von Podewils seine Demission angedroht.
Wir konnten dieser Nachricht von vornherein keinen rechten Glauben beifassen. Wie könnte auch der italienische Volkshater zu dieser merkwürdigen Aufforderung? Und dann ist es auch nicht die Art und Weise von Prinz Ludwig, der sich in den heftigsten Angelegenheiten schon als hervorragender Diplomat gezeigt hat, eine derartige Antwort zu geben.

Kun erhalten wir vom Ministerpräsidenten in Bayern selbst nachstehende Depesche:
„Saale-Zeitung“, Halle-Saale.
Medung über Pilgerzug glatt erunden.
Staatsminister Freiherr von Podewils.
Damit erledigt sich die Sache von selbst.

Sof. und Personalnachrichten.
Der Kaiser ist mit Gefolge am Freitag im Automobil nach Homburg v. d. S. zurückgekehrt. An dem Frühstück im Dürerhof der Zeughauskaserne in Gießen nahmen außer dem kommandierenden General v. Gießen und den anderen direkten Vorgesetzten des Infanterieregiments Kaiser Wilhelm (2. Großherzoglich Hessischer) Nr. 116 eine Reihe namhafter Persönlichkeiten aus Gießen und Friedrich Wilhelm Prinz von Lippe, Kommandeur des Kurhessischen Jägerbataillons Nr. 11 in Marburg teil. — Gestern vormittag um 11 Uhr unternahm die Majestät mit der Prinzessin Viktoria Luise und dem Gefolge von Homburg aus einem Ausritt.
Die Prinzessin Viktoria Margarete von Preußen, Tochter des Prinzen Leopold, vollendet heute das 20. Lebensjahr.

Ausland.

Theodor Roosevelt in Wien.

Roosevelts Aufenthalt in Wien erreichte Sonnabend seinen Höhepunkt mit der Audienz in der Hofburg. Fünf Minuten vor zwei Uhr bog sich der Präsident zum Kaiser. Vor dem Hotel hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt. Roosevelt trug Solonard, graue, schwarzgezeichnete Sole und Hut, und über dem Salondor einen grauen Kautschukmantel. Als er den Hofwegen bestieg, drängte die Menge so festig nach, daß sie von dem starken Nachdruck nur mit Mühe zurückgehalten werden konnte. In einem Automobil folgten amerikanische Journalisten dem Wagen des gemeinen Präsidenten in die Hofburg. Der Moment seiner Abfahrt zur Audienz wurde durch eine kinematographische und zahlreiche photographische Aufnahmen festgehalten.

Streitkravalle in Spanien.

Man schreibt uns aus Madrid:
Der Sajanarbeiterstreik in Gijon an der Nordküste verflümmert sich. Am Freitag kam es zu heftigen Zusammenstößen. Mehrere Arbeitsmüßige wurden von Streikenden ins Wasser geworfen. In Bilbao machen die Dadaarbeiter gemeinsame Sache mit jenen von Gijon. Ein großer Konflikt scheint unvermeidlich, wenn nicht im letzten Augenblick eingeleitet wird. Auch unter den Minearbeitern in Bilbao geht es heftiglich.
Auf den Befehl des republikanischen Führers Solonard in Barcelona wurde auf dem Bahnhofs aus einem gegenüber haltenden Auge ein Solonard abgebehen. Die Kugel traf den Fensterh Rahmen; Solonard blieb aber unverletzt. Der Täter entkam in der entzündenden Verwirrung. Auch in Bilbao sind die dortigen Dadaarbeiter, die vor zwei Tagen den allgemeinen Ausstand beschloßen, sich gestern aber für die Wiederarbeit am Werk ausgeprochen hatten, von den Arbeitgebern ausgeperrt worden.

Vermischtes.

Zur Affäre der Frau v. Schoenebeck-Weber.

In der Affäre der Frau v. Schoenebeck-Weber ist eine neue Ueberprüfung der Einkommensverhältnisse des Verstorbenen zu verzeichnen. Nachdem Frau v. Schoenebeck-Weber 10 000 Mark Rente durch ihren Pilgerdienst ließ, erhielt sie die Zuteilung vom Allerteiler Vermögens, daß die Königl. Gerichtsstelle in Athen ein 15 000 Mark ihres Vermögens als Sicherheit für die Kosten eines eventuellen Strafprozesses beschlagnahmt habe, weil durch die amtliche Verlesung des Eften Staatsanwalts in Athen kein glaubhaft gemacht ist, daß die Schuldnerin anderweitig über ihr Vermögen zu verfügen genesse.
Die Aufhebung ihrer Pflegschaft beim Meinsten Vormundschaftsgericht hat Frau v. Schoenebeck-Weber bisher noch nicht erreicht, weil die wissenschaftliche Deputation in Berlin die Pflegschaft als pflichtig erklärt hat. Dr. Frau v. Schoenebeck-Weber allein bei der Gerichtskommission ein Vermögen von mehreren hunderttausend Mark in Wertpapieren liegen haben soll, besteht kein „bringender Verdacht“, daß sie wegen der 15 000 Mark ihr Vermögen auf die Seite bringen werde.

Zum Code Dr. Delbrücks.

Wie wir gestern bereits meldeten, ist die Reihe des beim Ballonunfall nahe von Sahnitz verunglückten Reichstagsgeordneten Dr. Delbrück nunmehr gefunden. Die Leiche lag noch an derselben Stelle, von der Ballon ins Wasser gefallen ist. Nach dem Hiltener Zeitung war noch ein Leuchter des Leuchtschiffs „S. 17“ tätig. Beide stiegen gleichzeitig zur Leiche und trafen sie an Land, wo sie von den Behörden angenommen wurde. Ueber die Beilegung ist noch nichts Genauer bekannt gegeben.

Finst eines Verbrechers.

Aus Florenz, 16. April, meldet uns ein Telegramm: Der verhaftete Einbrecher Walter Koppel, der kürzlich von der hiesigen Strafammer wegen verheerender Einbrüche im 12 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, ist aus dem Altonauer Gerichtshof entlassen worden. Er hat in seiner Zelle die Eisenstäbe durchgehört und sich aus dem Bettmaterial einen Strick verfertigt. So ist es ihm gelangt, zu entkommen. Die Polizei ist sofort benachrichtigt worden und jagdet nach ihm.

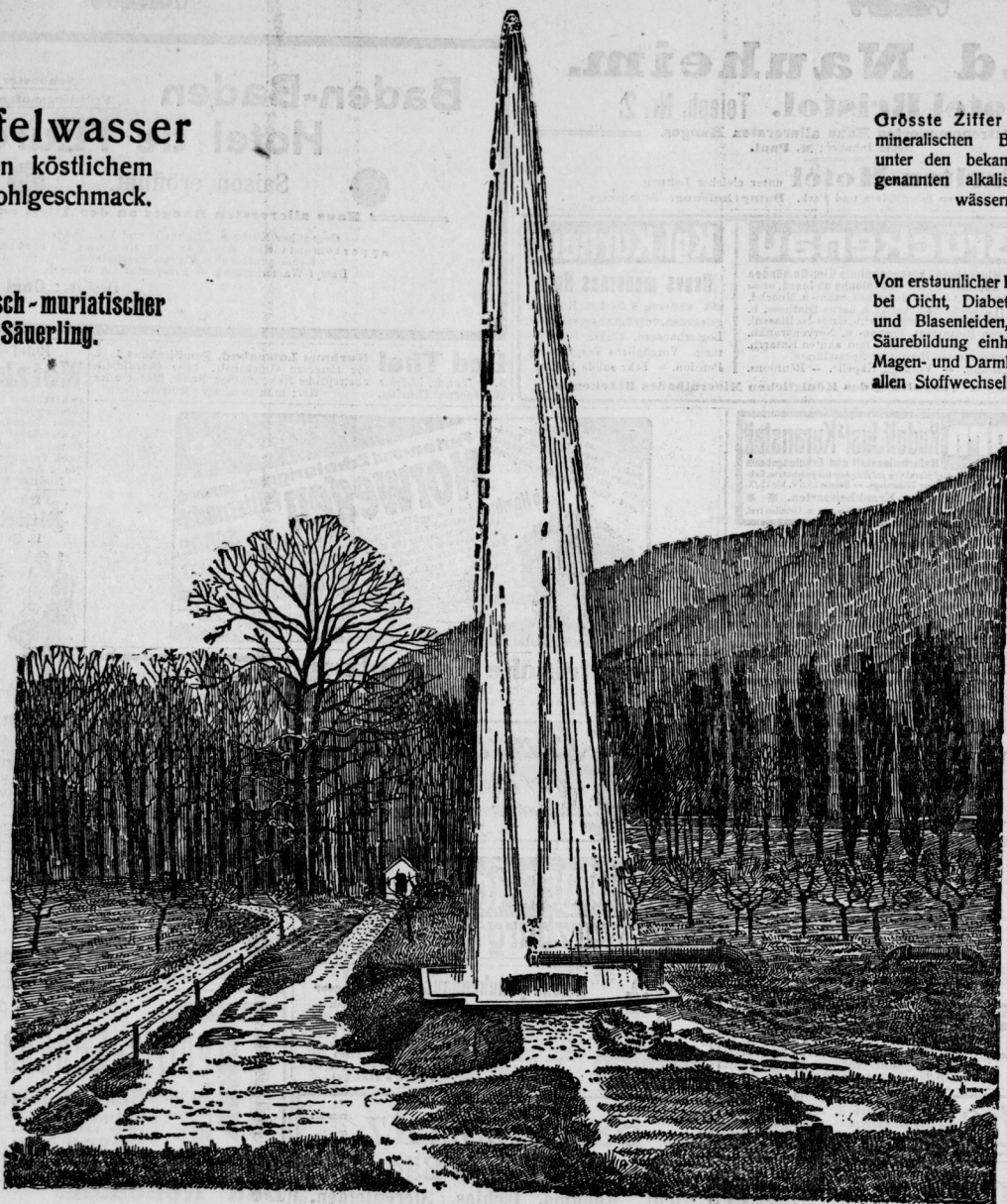
Eine wunderbare Naturerscheinung. Ein Segen für die leidende Menschheit. Eine Erquickung für Gesunde.

Tafelwasser
von köstlichem Wohlgeschmack.

Alkalisches - muriatisches Sauerling.

Grösste Ziffer an festen mineralischen Bestandteilen unter den bekanntesten sogenannten alkalischen Heilwässern.

Von erstaunlicher Heilwirkung bei Gicht, Diabetes, Nieren- und Blasenleiden, den mit Säurebildung einhergehenden Magen- und Darmkrankheiten, allen Stoffwechselkrankheiten.



Rhein-Insel Namedy

NAMEDY-SPRUDEL

bei Andernach a. Rh.

Der mächtigste Geysir der Erde.

Ein Gegenstand fortgesetzter Besprechung in der gesamten Presse des In- u. Auslandes, das vielbewunderte Wander- u. Reiseziel von Tausenden u. Abertausenden Besuchern.

Zur Befragung des Hausarztes wird verwiesen auf die Schrift von Geh. San.-Rat Dr. Emil Pfeiffer Wiesbaden: „Das Mineralwasser von Namedy“. Verlag von J. F. Bergmann, Wiesbaden 1909. Vorstehende Broschüre nebst Abschrift zahlreicher ärztlicher Anerkennungsschreiben, deren Originale eingesehen werden können, wird auf Verlangen kostenlos zugesandt.

0
0
0
0
0

Der Bezug einer Sendung von 20 Flaschen zu einer Frühlings-Hauskur und zu einem vergleichenden Gebrauch des Wassers mit irgend einem anderen der bekannten s. g. alkalischen Heilwässer unter Kontrolle des Hausarztes wird von der Vortrefflichkeit des „Namedy“ als Heil- und Tafelwasser auf einfachste überzeugen.

Um den Bezug des neuen Tafel- und Heilwassers möglichst weiten Kreisen zu ermöglichen, sind alle Mineralwasserhandlungen Deutschlands in den Stand gesetzt, Namedy zu liefern:

20 ganze Flaschen Mk. 7.—
(35 Pfg. pro 1/1 Flasche.)

Namedy-Sprudel, G. m. b. H., Berlin N.W., Quitzowstr. 56/58.

